

KN BERUFSPOLITIK

Kieferorthopäden brauchen Einigkeit – Bedrohung kommt von außen

Der Bundesvorstand des Berufsverbandes der Deutschen Kieferorthopäden weist die in Medien der Fachpresse aufgetauchten Spekulationen, der BDK stehe vor einer Spaltung, ganz entschieden zurück. „Der BDK vertritt 90 % der Kieferorthopäden in Deutschland. Er ist DIE Interessenvertretung der Kieferorthopäden“, so die 1. Bundesvorsitzende, Dr. Gundi Mindermann. Bei den lancierten Gerüchten handele es sich um eine aktive Stimmungsmache ehemaliger Vorstandsmitglieder, welche den Verband intern seit nunmehr vier Jahren und damit seit ihrer Abwahl belasteten. Ihren Höhepunkt fand die Entwicklung vor einigen Wochen in der Gründung eines kieferorthopädischen Vereins in Schleswig-Holstein unter Beteiligung des BDK-Landesvorstandes – als lokale Gegenorganisation zum BDK. Der dortige Landesvorstand bezeichnet sich selbst als „in Opposition zum BDK-Bundesvorstand stehend“. Also zu einem Bundesvorstand, der erst im Juni dieses Jahres bei üblicher Wahlbeteiligung mit über 90 % der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt worden war.



Der im März 2008 gewählte bzw. bestätigte BDK-Bundesvorstand (v. l. n. r.): Prof. Dr. Dr. Christian Scherer, Dr. Gundi Mindermann, Dr. Achim Nesselrath, Dr. Peter Wasiljef, Dr. Ortrun Rupprecht-Möchel, Dr. Benno Damm und Dr. Thomas Miersch.

Richtig sei, dass es 14 Kündigungen aus dem LV Mecklenburg-Vorpommern gegeben habe. „Das ist sehr bedauerlich und für die Interessenvertretung dieser Kolleginnen und Kollegen sehr gefährlich, weil die relevanten politischen Entscheidungen auf der Bundesebene getroffen werden“, so Mindermann. „Wir nehmen dieses Signal sehr ernst. Eine Interessenvertretung ohne Zwangsmitgliedschaft verbucht allerdings ganz normal Ein- und Austritte. Deshalb von einer Spaltung des BDK zu reden, ist absurd. Wir stellen durchaus erfreut fest, dass gerade unser BDK keinen Mitgliederschwund verzeichnet, ganz im Gegensatz zu fast allen anderen zahn/ärztlichen Berufsverbänden.“ Darauf sei der BDK stolz, denn es dokumentiere eindrücklich den Zuspruch, den der Berufsverband seit Jahren als Interessenvertretung der Kieferorthopäden für seine Arbeit erfahre. Umso unverantwortlicher sei es, hier mit unzutreffenden Spaltungsgerüchten zu zündeln. Dr. Mindermann: „Wir – und damit meine ich auch die weit überwiegende Mehrheit aller Landesvorsitzenden – erleben fassungslos, dass persönliche Befindlichkeiten Einzelne dazu verleiten, die Glaubwürdigkeit der Interessenvertretung aller Kollegen, den Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden in den Praxen zu beschädigen. Das können wir alle uns in der heutigen Zeit einfach nicht leisten. Der Gegner kommt von außen.“

Den auf der politischen Bühne erheblich schädigend wirkenden Vorwürfen einzelner Landesvorsitzender widerspricht – das ist ein Novum – aktuell die Mehrheit der Landesvorsitzenden des BDK in einem gemeinsam verfassten Editorial des Mitgliederjournals: „Als Landesvorsitzende und Mitglieder des Gesamtvorstandes macht uns solch ein Verhalten mehr als betroffen. Wir hatten darum gebeten, Unstimmigkeiten in unserem Gesamtvorstandsgremium offen zu diskutieren, aber auch auf unsere Nachfrage hin keine Antworten von den Kollegen erhalten können, die nun in der Öffentlichkeit Kritik anstimmen.“

Dass die Befassung mit Länderinteressen auf Bundesebene nicht möglich gewesen wäre, wie es einzelne Landesvorsitzende beklagen, sowie den Vorwurf, der Bundesvorstand verfolge eine Politik gegen die Interessen des Landesverbandes, weisen sowohl der Bundesvorstand als auch die elf – das Editorial unterzeichnenden – Landesvorsitzenden entschieden zurück: Wir Landesvorsitzende haben (Zitat) „in den vergangenen vier Jahren der Arbeit des heutigen Bundesvorstandes alle Arbeitsthemen wie z. B. GOZ, Weiterbildung, Masterproblematik, Öffentlichkeitsarbeit und viele weitere Sachthemen mehr gemeinsam beraten und ein meist einstimmiges Votum für die Sacharbeit gegeben. Darunter fielen auch Punkte, für die der BDK nun Kritik und Ablehnung einstecken soll von denen, die diese Themen zuvor in unserer Runde am selben Tisch einstimmig mitgetragen haben. Solcherart Kritik an unserer Arbeit und an der Arbeit des Bundesvorstandes weisen wir zurück.“

Der Bundesvorstand und die Kollegen aus den Landesverbänden appellierten daher an die Kritiker, die Sacharbeit in den vom BDK für diese Fragen geschaffenen Gremien zu pflegen und diese Gremien dafür auch zu nutzen – statt die Kollegen in den Praxen zu verunsichern und die Medien zu instrumentalisieren. Insbesondere Form und Stil trafen auf Missbilligung. Persönliche Angriffe seien nicht geeignet, die Interessenvertretung der Kollegen zu fördern. Im Interesse aller Kieferorthopäden sollten sich alle Landesvorsitzenden, besonders die „kritischen“, aktiv in die internen Diskussionen und Abstimmungen und vor allem in die starke Außendarstellung des BDK einbringen, anstatt ihn zu schwächen.

Sicher nicht erfüllbar seien einige der zentralen „Kritikpunkte“, wie sie sich andeuten: Bei allem Verständnis für die Situation – der BDK könne nun einmal leider keine Punktwerte neu festsetzen oder den BEMA ändern. Auch die erhobene Forderung, den Landesverbänden mehr finanzielle Mittel zu ermöglichen, sei nicht möglich, sofern die Mitgliedsbeiträge stabil gehalten werden sollen und gleichzeitig seitens der Landesverbände eine starke Bundesgeschäftsstelle gefordert sei. Diese habe ein erheblich gestiegenes Informationsbedürfnis der Mitglieder ebenso zu erfüllen wie den gewachsenen Herausforderungen an eine Berufsvertretung in den politisch immer härter werdenden Zeiten gerecht zu werden.

Sacharbeit anstelle von Befindlichkeiten

Auch wenn der BDK keine Gesetze rund um Honorare und die Versorgungspolitik erlassen könne, sei er doch die Stimme des Berufsstandes gegenüber Politik, Medien, Verbänden und Versicherungen. Diese Aufgabe könne er nur erfüllen, so der BDK auch im Namen der Mehrheit seiner Landesvorsitzenden, wenn er nicht aus den eigenen Reihen diskreditiert werde. Die Folgen öffentlicher persönlicher Angriffe belasteten zuallererst die Kieferorthopäden in den Praxen. Die gewählten Interessenvertreter in den Gremien des BDK erkennen Kritik als einen aktiven Teil gelebter Demokratie an, solange sie sachorientiert ist. Dass dies derzeit nicht der Fall ist, bestätigen die elf Landesvorsitzenden, die sich „entschieden dagegen wehren, dass wegen persönlicher Befindlichkeiten einzelner der gesamte Verband und die Interessenvertretung aller Mitglieder Schaden zu nehmen drohen“.

Um der Sacharbeit wieder den ihr zustehenden und auch notwendigen Raum geben zu können, hat der Bundesvorstand nun gehandelt. „Der neugegründete Verein in Schleswig-Holstein hatte sofort nach seiner Gründung die Körperschaften in Schleswig-Holstein angeschrieben und die Interessenvertretung der Kieferorthopäden für sich reklamiert“, so Dr. Mindermann. „Ein solches Vorgehen ist in hohem Maße verbandsschädigend und geradezu unverantwortlich in der Außenwirkung. In der Konsequenz hat der BDK-Bundesvorstand in engster Absprache mit den Landesvorsitzenden die Initiatoren aus dem BDK ausgeschlossen, wie es jeder andere Berufsverband ebenso hätte machen müssen. Wir bedauern diese Entwicklung, sind es der Interessenwahrung der BDK-Mitglieder bundesweit jedoch schuldig.“

(Quelle: Mitteilung des Berufsverbandes der Deutschen Kieferorthopäden)



Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden e.V. (BDK)
Ackerstraße 3
10115 Berlin
Tel.: 0 30/27 59 48 43
Fax: 0 30/27 59 48 44
E-Mail: info@bdk-online.org
www.bdk-online.org

Kein Risiko beim Gipsen mit DHV Gips-Bio-Fluid

DHV Gips-Bio-Fluid verhindert wirksam das Abbinden des Gipses, gipsgebundener Einbettmassen, Gipsabwässer: der Gips sinkt als „feiner Sand“ zu Boden, fast klares Wasser fließt ab, auch im Schlammkasten.

- keine zusätzlichen Geräte u. Umbauten nötig
- einfache Anwendung, sparsam
- mit Korrosionsschutz-Inhibitoren
- leichtes Reinigen der Becken + Schlammkästen
- kräftiges kurzes Spülen – fertig!

Gips-Bio-Fluid ist keine Säure, nicht giftig, pH Wert neutral.

Es entsteht kein flockiger, klebriger Schlamm.



DHV-GmbH Hannover | Postfach 71 0471 | 30544 Hannover
Tel.: +49+511 823 66 19 | Fax: +49+511 825 08 52 | DHV-GmbH@t-online.de | www.dhv.bplaced.net

Referentenentwurf vorgelegt

Fortsetzung von Seite 1

für Zahnärzte (GOZ) vorgelegt, welche die privatärztlichen Honorare regelt. Die derzeit geltende GOZ trat zum 1.1.1988 in Kraft und wurde seitdem inhaltlich nicht verändert. Die neue Verordnung soll ab dem 1. Juli nächsten Jahres gelten.

Während der neue Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, im Rahmen der Delegiertenversammlung beim Deutschen Zahnärztetag in Stuttgart ankündigte, dass vonseiten der BZÄK erst nach „kritischer, valider und seriöser Prüfung“ eine Stellung-

nahme zum Referentenentwurf zu erwarten sei, wurde vonseiten des FVDZ bereits erste Kritik laut. So bezeichnete Dr. Karl-Heinz Sundmacher, Bundesvorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, den GOZ-Entwurf als einen „Affront der ganz besonderen Art“ bzw. als „geradezu makabren Witz“. Mit diesem Entwurf würde der Verordnungsgeber weder seiner Verpflichtung für einen fairen Interessenausgleich der beteiligten noch seiner Verantwortung für die Sicherung einer hochwertigen zahnmedizinischen Versorgung gerecht, so Sundmacher. „Dies sollte nicht

nur die Zahnärzteschaft, sondern gleichermaßen Patientenverbände auf den Plan rufen!“ Der Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden (BDK) will sich laut Nachfrage der KN-Redaktion erst nach der erfolgten außerordentlichen Versammlung der Delegierten der BZÄK Mitte November in Berlin bzw. der Anhörung der einzelnen Fachverbände und Gremien im GOZ-Senat zum vorliegenden Entwurf äußern. Man folge somit dem ausdrücklichen Wunsch der Bundeszahnärztekammer, nach welcher sich die Fachschaften erst danach öffentlich zu Wort melden sollten. Die KN wird dann entsprechend in ihrer Dezemberausgabe berichten.

ANZEIGE

Hammacher

Instrumente

Unser Geschick...

...für Ihr Können!

*DGKFO in Köln
12. - 16. 11. 2008
Stand Nr. 79*

Wünschen Sie eine **persönliche Beratung?**
Rufen Sie uns an:
Unsere Aussendienstmitarbeiter besuchen Sie gerne!

- Qualitätsinstrumente
- Reparaturservice
- Erstaussstattungen

Karl Hammacher GmbH

Steinendorfer Strasse 27 Telefax: 02 12/6 71 35
42699 Solingen E-Mail: post@hammacher.de
Telefon: 02 12/26 250-0 www.hammacher.de

ANZEIGE

www.halbich-lingual.de

Thomas Halbich
LINGUALTECHNIK

PATIENTEN
BEHANDLER

Besuchen Sie uns auf der 81. Wissenschaftl. JT der DGKFO
12. - 16. November 2008 in Köln am Stand von Adenta

KN Kommentar



Vorsitzende zerstört Einigungschance

Sehr geehrte Frau Mindermann,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen vom Bundesvorstand des BDK,

nicht nur in Schleswig-Holstein ist bekannt, wie wichtig ein gutes Verhältnis zwischen Kieferorthopäden und zahnärztlichen Körperschaften, wie Zahnärztekammer und KZV, ist. Aufgrund der Tätigkeit Ihres Bundesvorstandes ist es jedoch nicht immer leicht, jenes Verhältnis in hoher Qualität aufrechtzuerhalten. So hat uns Ihre Aussage in der DZW vom 14. Mai 2008 – „Kieferorthopädie nur für Kieferorthopäden“ – bei den genannten Körperschaften und Zahnärzten viel Vertrauen gekostet. Auch bedurfte es großer Überzeugungsarbeit in unserer Zahnärztekammer und KZV, den Zahnärzten zu versichern, dass wir Ihre geäußerte Meinung keinesfalls teilen.

Obwohl Sie im jüngsten DZW-Interview vom 22.10.2008 nachträglich eine kurze Erklärung dazu abgeben, haben Sie sich bis heute von dieser Aussage nicht eindeutig distanziert. Offensichtlich ist Ihnen nicht bewusst, wie wichtig ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Kieferorthopäden und zahnärztlichen Gremien ist. Es sind die zahnärztlichen Kollegen, die in KZV und Kammer über unsere Interessen entscheiden. Sie bestimmen über Punktwerte, Weiterbildungsverordnungen, Budgets, Richtwerte oder Kassenzulassungsmodalitäten. Sie sind es auch, die bei der momentanen Situation des BDK unsere Interessen über die BZÄK bei

den Verhandlungen hinsichtlich der neuen GOZ – sofern wir dort überhaupt Gehör finden – vertreten können.

Sie, liebe Frau Mindermann, beschäftigen in Ihrer Praxis eine ausschließlich kieferorthopädisch tätige Zahnärztin (nachzulesen unter www.kzvn/Zahnarztsuche.de). Doch wie passt das mit Ihrer o.g. Forderung zusammen? Wie kann es sein, dass Frau Kollegin Mindermann sich einerseits als Aussteigerin feiern lässt (www.Facharzt.de), jedoch andererseits seit fast einem Jahr bereits wieder über eine Kassenzulassung verfügt?

Können Sie sich vorstellen, wie verraten und verkauft sich die Kolleginnen und Kollegen gefühlt haben müssen, als Sie in einer „Nacht- und Nebelaktion“ einen Tag vor Ablauf der Ladungsfrist die BDK-Mitgliederversammlung mal eben vom November auf den Juni vorverlegten?

Über welches Wissen bezüglich GOZ, HOK und HOZ muss der Vorstand verfügen bzw. welches Interesse muss bestehen, wenn der Stellvertreter landauf landab behauptete, der 1,0-fache GOZ-Satz sei wie „Elfmeterschießen ohne Torwart“. Tja, und nun war dies offensichtlich auch für Ulla Schmidt nicht mehr zu überhören, kommt der soeben vorgelegte Referentenentwurf diesem geäußerten Wunsch doch sehr nahe.

Durch genannte Fehlritte – und die Liste ließe sich beliebig fortsetzen – ist die Glaubwürdigkeit des Bundesvorstandes stark beschädigt worden. Und deshalb haben die Kolleginnen und Kollegen in Sie und Ihren Vorstand einfach kein Vertrauen mehr! Und so haben wir als BDK-Landesvorstand in Schleswig-Holstein nun gehandelt. Schließlich wollen wir nicht riskieren, dass unsere Mitglieder den BDK und damit auch den Landesverband verlassen oder die Zahnärzte in den Körperschaften uns letztendlich den Rücken zukehren.

Aus diesem Grunde haben wir den KFO-SH e.V. als regionalen Verein gegründet. Dessen Ziele sind fast identisch mit jenen, die in der Satzung des BDK beschrieben werden. Diese Gründung bedeutet also eine Stärkung (!) und keine Schwächung der Zusammenarbeit mit KZV und Zahnärztekammer in Schleswig-Holstein.

Nun äußern Sie in der DZW vom 22. Oktober, dass ein „Gesprächsangebot des Bundesvorstandes“ bestehen würde. Entschuldigen Sie, aber dieses Gesprächsangebot Ihrerseits scheint eine Falschmeldung zu sein. Denn im gleichen Atemzug teilen Sie unseren Landesvorsitzenden, Dr. Tina Schaper und Dr. Nils Borchers, per Einschreiben mit, dass diese aus dem BDK ausgeschlossen worden sind. Dieses Vorgehen – nach außen ein Gesprächsangebot zu unterbreiten, jedoch bereits im Vorfeld die Adressaten ausgeschlossen zu haben – ist an Heuchlerei nun wirklich nicht mehr zu überbieten!

Liebe Frau Mindermann, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Bundesvorstand, überdenken Sie doch noch einmal Ihr Handeln und Reden und überprüfen Sie dieses auf Diskrepanzen. Auch aus diesem Grund fordern wir Sie hiermit auf: Geben Sie den Weg frei für einen gemeinsamen echten Neuanfang! Denn nur so bestünde noch ein Fünkchen Hoffnung, wieder Vertrauen aufzubauen und mit diesem neu gewonnenen Vertrauen gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben zu meistern.

Jederzeit sind wir offen für konstruktive Gespräche innerhalb des BDK, die eine echte Reform des Berufsverbandes zum Ziel haben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Ortwin Babendererde

Keine Masterstudiengänge im Bereich der Fachzahnarztgebiete

Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte schließt sich den Forderungen des Berufsverbandes der Deutschen Kieferorthopäden hinsichtlich Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Im Bereich bereits bestehender, fachzahnärztlicher Weiterbildungsmöglichkeiten wird die Einführung von Masterstudiengängen abgelehnt. Diese sind nicht geeignet, die Qualifikationsnachweise einer fachzahnärztlichen Weiterbildung mit enger Anbindung an Wissenschaft und Klinik zu ersetzen. Dieser, vom Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden seit vielen Jahren geprägten Auffassung hat sich die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte durch Verabschiedung eines entsprechenden Antrages Mitte Oktober 2008 angeschlossen: „Die Hauptversammlung setzt sich für eine Stärkung des Zahnarztes als Generalist ein. Die Hauptversammlung lehnt eine Integration von Masterstudiengängen in die Weiterbildung für Kieferorthopädie und Oralchirurgie ab, da dort bereits ein Fachzahnarzt existiert.“

Dr. Gundi Mindermann, 1. Bundesvorsitzende des BDK: „Kieferorthopäden und Zahnärzteschaft sind sich einig: Die zahnärztliche Ausbildung wie auch die fachzahnärztliche Weiterbildung sind in Deutschland richtungweisend. Der Zahnarzt ist Generalist und seine Tätigkeit unterliegt mit seiner Approbation keinen fachlichen Beschränkungen. Beschreibt der Zahnarzt den Weg einer Weiterbildung, so ist der

Abschluss in den Bereichen Kieferorthopädie und Oralchirurgie der Fachzahnarzt. Hier besteht keinerlei Anlass, die Anforderungen an diese Abschlüsse in Deutschland nun mittels Einführung eines Masters auf das Niveau

ANZEIGE

Löffelwaschmaschine?

www.rieth-dentalprodukte.de



einer Zwischenetage abzusenken. Dies ist für die Zahnärzteschaft auch ein Anliegen des Patientenschutzes und für die Verbraucher eine Frage der Transparenz.“

(Quelle: Presseinformation des BDK vom 14. Oktober 2008)

KN Adresse

Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden e.V. (BDK)
Ackerstraße 3
10115 Berlin
Tel.: 0 30/27 59 48 43
Fax: 0 30/27 59 48 44
E-Mail: info@bdk-online.org
www.bdk-online.org

KN Kurznotiert

Kritische Überprüfung – Der vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) am 24.10.08 vorgelegte Referentenentwurf für eine neue Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) wird von der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) in den kommenden Tagen eingehend geprüft. Die GOZ regelt die privatärztlichen Honorare. Erst nach „kritischer, valider und seriöser Prüfung“ werde man zu dem Entwurf Stellung nehmen, kündigte der neugewählte Präsident der BZÄK, Dr. Peter Engel, auf deren Delegiertenversammlung beim Deutschen Zahnärztertage in Stuttgart an. Engel wies darauf hin, dass die von Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder angekündigte Erhöhung des Gesamtvolumens der GOZ um gut zehn Prozent nicht mit einer entsprechenden Honorarerhöhung gleichzusetzen sei. BZÄK-Präsident Engel: „Es sind zusätzliche Leistungen in die GOZ aufgenommen worden, sodass eine Aussage zu einer tatsächlichen Honorarsteigerung derzeit nicht möglich ist.“ Der sogenannte Punktwert, aus dem das jeweilige Honorar errechnet wird, sei von 5,6241 Cent auf 5,65 Cent erhöht worden, dies entspreche einer Erhöhung um 0,46 Prozent. Bezogen auf den Punktwert sei damit kein Teuerungsausgleich nach 21 Jahren erkennbar. Erst nach Prüfung im Detail könnten seriöse Bewertungen der GOZ-Novelle vor allem in Hinblick auf den Patientenschutz und die Qualitätssicherung getroffen werden. Dies soll nach einer außerordentlichen Versammlung der Delegierten der BZÄK Mitte November in Berlin erfolgen.

(Quelle: Pressemitteilung der BZÄK vom 25.10.08)

BDK stellt richtig – Der Gemeinsame Bundesausschuss hat in der in der KN (Heft 10/08) zitierten Meldung zur Änderung der Bedarfszahlen einige nicht ganz zutreffende Formulierungen getroffen, die der BDK hiermit geradestellt. Erstens: Die Änderung der Bedarfszahlen im Bereich Kieferorthopädie ist auf der Bilanz der Zusammenarbeit von BDK und KZBV erfolgt. Grundlage war die Änderung der gesetzlichen Grundlagen zur Niederlassungsfreiheit. Die alten Bedarfszahlen sind vom damaligen Bundes- und Gesamtvorstand des BDK beschlossen worden, um keine gesperrten Gebiete zu erzeugen und so unter den alten Bedingungen auch Niederlassungsfreiheit zu haben. Unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen entfiel diese Notwendigkeit. Im Gegenteil: Es bestand die Notwendigkeit aufgrund der demografischen Entwicklung, die Bedarfszahlen den Verhältnissen anzupassen und so über die KZVEN eine gesicherte Information für junge Kolleginnen und Kollegen zu schaffen. In einer gemeinsamen Arbeit des Bundes- und Gesamtvorstandes des BDK wurden die Zahlen erarbeitet und durch den Referenten für Kieferorthopädie beim Vorstand der KZBV in den G-BA eingebracht. Die durch den BDK erarbeiteten Zahlen wurden vollinhaltlich von der KZBV getragen. Auf dieser Arbeitsgrundlage wurden die Bedarfszahlen geändert. Zweitens: In der Bundeszahnärztekammer sind sehr wohl zahlreiche Kieferorthopäden vertreten. Die BZÄK hat jedoch in der politischen Arbeit nichts mit den Bedarfszahlen und dem G-BA zu tun. Dies ist das Arbeitsgebiet der KZBV.

(Quelle: Pressemitteilung des BDK vom 20.10.08)

ANZEIGE

ZWP online

Das neue Nachrichtenportal
mit integrierter Zahnarztsuche

Jetzt kostenlos eintragen unter:
www.zwp-online.info